

Antrag

der Fraktion der SPD

Verbesserung der Ausbildungssituation junger Frauen bei der Deutschen Bundespost

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, für den Bereich des mittleren nichttechnischen Dienstes bei der Deutschen Bundespost eine anerkannte Ausbildung zur „Verwaltungsfachangestellten“ nach dem Berufsbildungsgesetz zum Ausbildungsjahr 1984 einzuführen.

Bonn, den 9. Mai 1984

Dr. Vogel und Fraktion

Begründung

Frauen und Mädchen sind auf dem Ausbildungsstellen- und Arbeitsmarkt benachteiligt. Im Ausbildungsjahr 1983 haben erneut mindestens 80 000 Jugendliche, davon rund zwei Drittel Mädchen, keinen Ausbildungsplatz erhalten. Immer noch sind aber mangelnde berufliche Qualifikationschancen ein wesentlicher Grund für die mangelhafte Verankerung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt und für die überproportional hohe Frauenarbeitslosigkeit: Im Februar 1984 waren eine Million Frauen offiziell als arbeitslos registriert; genauso hoch dürfte noch einmal die Zahl der nichtregistrierten weiblichen Arbeitslosen aus der sog. stillen Reserve sein. Die Anforderungen an die berufliche Qualifikation aller Arbeitnehmer werden sich in den kommenden Jahren dramatisch erhöhen. Das Ausbildungsplatzangebot muß daher gerade für junge Frauen erhöht und verbessert werden. Dafür trägt der öffentliche Dienst eine erhöhte Verantwortung.

Im Bereich der Deutschen Bundespost, also des größten Arbeitgebers für Frauen, wird den – überwiegend weiblichen – Nachwuchskräften im mittleren nichttechnischen Dienst bisher nur eine Anlernausbildung von 27 Wochen angeboten. Mit der seit Jahren diskutierten, aber bislang noch nicht eingeführten Ausbildungsneuordnung auf der Grundlage des Ausbildungsberufes „Verwaltungsfachangestellte(r)“, soll eine ordnungsgemäße und qualifizierte Ausbildung der Frauen nach dem Berufsbildungsge-

setz gewährleistet werden. Diese Ausbildung soll zugleich sicherstellen, daß diese Frauen unabhängiger von den technischen Entwicklungen und Veränderungen in Arbeitsbereichen werden, in denen sie bislang als Anlernkräfte tätig waren.

Da es seitens des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen keine Entscheidung für diese dringend erforderliche Ausbildungsneuordnung im Bereich des mittleren nichttechnischen Dienstes gab, hatte die SPD-Bundestagsfraktion eine Kleine Anfrage (Drucksache 10/701) an die Bundesregierung gerichtet.

Aus der Antwort der Bundesregierung (Drucksache 10/899) ist ersichtlich, daß die Bundesregierung im Bereich des mittleren nichttechnischen Dienstes bei der Deutschen Bundespost keine Ausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz einführen will.

Die Bundesregierung will statt dessen die Ausbildung auf der Grundlage des Beamtenrechts einführen, obwohl die Nachteile einer solchen Ausbildung offen ersichtlich sind:

1. Das Beamten- und Laufbahnrecht schreibt keine breitangelegte berufliche Grundbildung vor.
2. Der Vorbereitungsdienst vermittelt keine breite Verwertbarkeit der Qualifikation, weil er sich lediglich an den Anforderungen der Funktionen in der jeweiligen Laufbahn orientiert. Eine Anerkennung der Ausbildung außerhalb der Post und Mobilität auf dem Arbeitsmarkt ist kaum gegeben.
3. Eine Beamtenausbildung verwehrt Ansprüche aus Arbeitslosenversicherung sowie Ansprüche auf Umschulung oder Förderungsmaßnahmen durch die Bundesanstalt für Arbeit.
4. Es besteht keine Berufsschulpflicht; ferner können nur Realschulabgänger in den Vorbereitungsdienst aufgenommen werden.

Eine nach dem Berufsbildungsgesetz anerkannte Ausbildung führt demgegenüber zu breiteren Einsatzmöglichkeiten im Berufsleben, ermöglicht eine Ausbildung über Bedarf hinaus und bedeutet eine volle Nutzung der Ausbildungskapazitäten in einem wichtigen Bereich der öffentlichen Hand. Damit erhöhen sich auch die Chancen für Frauen in der Wirtschaft. Die von der Bundesregierung offenbar angestrebte Beamtenausbildung hat für die Frauen die Folge, daß außerhalb der Deutschen Bundespost kaum berufliche Chancen für sie bestehen und ihre Wiedereingliederung und Mobilität erheblich erschwert wird. Der Deutschen Bundespost als größtem Arbeitgeber für Frauen kommt somit eine zentrale Funktion bei der Lösung der Ausbildungs- und Arbeitsmarktprobleme von Frauen zu.